

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

auf dem Kapital- und Geldmarkt haben wir eine saftige Systemkrise, die noch lange nicht vorbei ist. Die Krise stellt alle Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen in Frage, die den Menschen seit der Ideologisierung und Industrialisierung des Lebens weltweit zugemutet worden sind. Norbert Blüm, CDU, von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, hat in der *Süddeutschen Zeitung* vom 25. September 2008 unter der Überschrift >Die Rente war sicher< einen sehr informativen Artikel über die "Finanzkapitalisten" geschrieben. Der Beitrag ist eine Zusammenfassung aller neoliberalen Unzumutbarkeiten, die in den vergangenen Jahren Thema im Kommentar- und Informationsbrief waren. Ein Leser hatte mich gebeten, diesen Beitrag von Blüm zu veröffentlichen. Mir sträuben sich die Haare, wenn ich in der NEUEN POLITIK einen Beitrag eines so altgedienten, kohltreuen CDU-Mitgliedes veröffentlichen würde. Unter Kohl ist die finanzpolitische Katastrophe aktiv vorbereitet worden. Daran trägt auch Herr Blüm Verantwortung. Sie können den Beitrag von Norbert Blüm im Internet unter www.sueddeutsche.de/ lesen, und zwar, indem Sie unter "suchen" die Überschrift des Artikels "Die Rente war sicher" eingeben.

Die entscheidenden Fragen sind:

1. Wollen und können wir das zusammenbrechende Finanz- und Wirtschaftssystem des Neoliberalismus (Kapitalismus) retten?
2. Hat es Sinn und Zweck, die drei Finanz- und Wirtschaftsmächte Rußland, China und die nahöstlichen Ölförderländer, mit ihren hohen Kassenbeständen in Euro und Dollar, zu bitten, der us-amerikanischen und europäischen Wirtschaft zu helfen?
3. Ist die Zeit gekommen, das zusammenbrechende Finanz- und Wirtschaftssystem durch eine neue, menschengerechtere Ordnung zu ersetzen?

Abgesehen davon, daß, und nun schreibe ich von Europa und Deutschland, die Bundesregierung "Feuerwehr" spielen will, locker verspekulierte 100 Milliarden Euro für die Hypo Real-Estate-Bank bis zum 31. Dezember zu drucken, werden Forderungen laut, bestimmte Finanzvorgänge zu regulieren. Die Bundeskanzlerin Merkel stellt sich vor, mit einer Fülle von Gesetzen und Behörden, und den dazugehörigen Strafen, die Banken und ihre Manager zu disziplinieren. Welche Rolle aber hat die

deutsche Finanzaufsicht BaFin bei der Verschuldung der Hypo Real-Estate-Bank gespielt, obwohl sie das aktuelle zuständige Kontrollorgan ist? Sie hat Anleger und zum Teil Kunden in das offene Messer rennen lassen. Wir müssen eine Moral- und Rechtsordnung schaffen, die aus ihrer Form und ihrer Eigendynamik heraus eine menschengerechte Politik "erzeugt".

Inzwischen, am 5. Oktober d.J. sind die Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und der Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) vor die Fernsehkameras getreten und haben, mündlich, ohne jede Gesetzgebung, eine Bürgschaftserklärung für alle Spareinlagen verkündet. Das ist eine Erklärung ohne jeden Wert. Die dazugehörige Gesetzgebung kann sich über Jahre hinziehen. Frau Merkel und Herr Steinbrück befinden sich dann sicher schon auf dem wohlgepolsterten Altenteil.

Wie mit Zahlen jongliert wird, zeigt die überraschende Schrumpfung der Schulden bei der Hypo Real-Estate-Bank, 100 Milliarden auf 50 Milliarden.

Es ist doch hoffentlich klar, daß nach der jetzigen Weltordnung und den nationalen Gesetzen, die Arbeiterinnen und Arbeiter und der Mittelstand für das verzockte Geld in Mehrheit aufkommen werden müssen - über Inflation und Steuern.

Sie sehen also, daß ich die 1. Frage nach der Bewahrung des jetzigen Wirtschaftssystem sehr negativ beantworte.

Auf der Seite 4 ff. kritisiere ich die *Diktatur der Bürokratie*. Ich denke, ich tue das mit Recht und möchte die Bürokratie nicht auf noch mehr und andere Teile des Lebens ausdehnen. Die fehlende Wirtschafts-Moral schafft immer mehr Gesetze und Reglementierungen.

Damit hat sich die Beantwortung der zweiten Frage wahrscheinlich erledigt. Oder? Die genannten Regionen dieser Erde haben ein ebenso großes Defizit an Zukunfts-Perspektiven wie wir. Geld arbeitet eben nicht, es arbeiten nur Menschen. Geld ist ein reines Tauschmittel, keine Ware an sich.

Das ist der entscheidende Punkt in dem wirtschaftlichen Zusammenleben auf dieser Erde. Wenn es uns gelingen sollte, ein umlaufgesichertes Geld, wie von dem Nationalökonom Silvio Gesell vorgeschlagen, zu kreieren und regionale Wirtschaftskreisläufe (auch nationenüberschreitend) zu schaffen, werden wir nicht nur durch eine neue Form des Wirtschaftens ganz automatisch neues Recht und Moral schaffen, sondern wir werden der Umwelt, **unserer** Umwelt, einen Teil ihrer Kraft zurückgeben. Die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens ist neoliberalistische Ausbeutung und eine Fehl-

entwicklung der Wirtschaft. Ich biete dazu sowohl in der beiliegenden Buchbestellliste wie auch unter www.neuepolitik.com Bücher an. Jeder kann sich informieren (anstatt zu schimpfen). Auf Wunsch schicke ich Ihnen eine spezielle Literatur-Übersicht.

Ergänzt werden sollte eine neue Wirtschaftsordnung mit Direkter Demokratie durch Nachbarschaften. Diese Idee geht auf Artur Mahraun zurück. Hierzu biete ich Literatur an. Auch habe ich dazu bereits einiges geschrieben, nachzulesen in den **Editorialen** und **unter Politik** im Internet: www.neuepolitik.com.

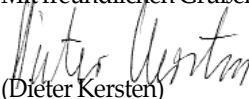
Außerdem halte ich es mit Ivan Illich und Erich Fromm - mit der Bescheidenheit im Umgang mit unserer Erde und ihren Ressourcen. Ich kann Ihnen zu beiden Ideenträgern Informationen beschaffen.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich die kritischen Kräfte unseres Volkes zu einer Konferenz treffen würden, auf denen alte und neue Ideen evaluiert und noch besser, weiter entwickelt werden.

Europa muß einen äußerst kritischen Blick auf die Politik, nicht nur auf die Wirtschaftspolitik, der USA werfen. Die politischen und wirtschaftlichen Oligarchien der USA haben total versagt. Das Zeitalter der "auserwählten Völker" ist vorbei und ein Maßstab sollte sein, wie sich in Zukunft die USA in der Völkerfamilie benehmen. Die anderen Völker sollten eine energische Entschuldigung nicht nur aus Washington hören, sondern auch aus dem Volk der Vereinigten Staaten. Vergessen wir nicht, daß der "Kampf gegen den Terror" den Terror bekämpft, den die USA-Regierungen vorher finanziert haben.

Zu allerletzt möchte ich noch kurz auf die Landtagswahlen in Bayern eingehen. Ich freue mich, daß die Wähler in Bayern der CSU eine Abfuhr erteilt haben. Bayern ist eben nicht Eigentum der CSU. Der Wermutstropfen bei der Bayern-Wahl ist die geringe Wahlbeteiligung von 58,1 %. Erfreulich scheint zu sein, daß die politische Diskussion innerhalb der CSU zugenommen hat. Registriert habe ich auch, daß es in Zukunft einen bundesweit einheitlichen Krankenversicherungsbeitrag von 15,5 % geben soll. Unser Krankheitswesen ist krank. Ich werde versuchen, mich in den nächsten Ausgaben des Kommentar- und Informationsbriefes mit dem Krankheitsweisen zu beschäftigen.

Mit freundlichen Grüßen


(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 23. Oktober 2008

I.

Der Streit um die Entscheidung der USA, Abfangraketen und Radarsysteme in Polen und Tschechien zu stationieren, hat reichlich Potenzial, zu einer veritablen internationalen Krise auszuufeln. Dieser Konflikt erfaßt nicht allein die russisch-amerikanischen und die russisch-polnischen Beziehungen.

Er berührt das Verhältnis der NATO zum wichtigsten Bündnispartner, den USA. Er wirft Probleme im Verhältnis von NATO und EU auf, soweit es um den langfristigen europäischen Anspruch geht - wie er in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam festgelegt ist - eine eigene europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. Insbesondere aber droht die Gefahr, daß eine weitere Ausuferung des Streites nicht nur Veränderungen in den Beziehungen zwischen Europa und Rußland, sondern auch schwerwiegende politische und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte - es sei denn, es gelingt, die sich weiterhin aufbauende, an Polemik zunehmende Eigendynamik des Raketenstreites aufzufangen. Hierzu sind breite kooperative Anstrengungen der europäischen, amerikanischen und russischen Diplomatie erforderlich. Der Ansatz der NATO beim Doppelbeschluß zur Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen - erst Verhandlungen, dann Nachrüstung - muß ebenso in Erinnerung gerufen werden, wie die Philosophie des Harmel-Berichts, der die NATO auf eine Doppelstrategie von "ausreichender militärischer Sicherheit" einerseits und einer Politik von Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit andererseits verpflichtet hat.

Es geht nicht um die Frage, ob man für oder gegen die Stationierung eines Raketenabwehrsystems ist, oder ob man für mehr oder weniger Sicherheit ist. Eine solche Verkürzung der Auseinandersetzung wäre trivial und verantwortungslos. Wenn ein Raketenabwehrsystem für die Abwehr von terroristischen Angriffen für unsere Sicherheit erforderlich und tauglich wäre, müßten wir ein solches System installieren, wobei Rußland in einer solchen Situation kein Vetorecht beanspruchen könnte. Ein solches System darf aber nicht installiert werden, solange

- keine realistische Bedrohung erkennbar ist,
- die Einsatzfähigkeit eines solchen Systems allenfalls theoretisch gegeben ist und der
- Westen nicht alle Möglichkeiten des Dialogs ausgeschöpft hat.

Es gilt in großer Ernsthaftigkeit zu prüfen, ob nicht doch die Möglichkeit besteht, gemeinsam mit Rußland die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Raketenangriffen zu treffen, oder zumindest zu erreichen, daß Moskau einem solchen System zustimmen könnte. Wenn das Raketenabwehrsystem ohne eine solche Prüfung stationiert werden würde, würde die russische Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit nachhaltig gefährdet.

Der Raketenstreit wächst sich zu einer internationalen Krise aus

von Frank Elbe und Ulrich Weisser

Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik e.V., Juni 2007 N° 5

Frank Elbe, Botschafter a. D., vormals Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt

Ulrich Weisser, Vizeadmiral a. D., vormals Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung.

II.

Der gegenwärtige Streit ist nicht über Nacht entstanden, sondern darin kulminieren Entwicklungen, die zwei Wurzeln haben:

- Die USA verfolgen unabhängig von der NATO und Rußland ein nationales Projekt - den Schutz amerikanischen Territoriums gegen ballistische Interkontinentalraketen. Amerika will sein Raketenabwehrschild, das schon landgestützte Komponenten in den USA und seegestützte Komponenten auf US-Kriegsschiffen umfaßt, um vorge-schobene Komponenten in Polen und Tschechien ergänzen. Die USA möchten insgesamt erreichen, daß sie als Weltmacht nuklear und konventionell handlungsfähig auch gegenüber solchen Staaten bleiben, die selbst mit Nuklearwaffen ausgestattet sind oder sein werden. Die Regierung Bush hat deshalb den ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) einseitig am 13. Dezember 2001 gekündigt. Der ABM-Vertrag verbot, daß sich eine Seite den Vorteil verschafft, gegen eine Bedrohung durch Raketen geschützt zu sein, aber zugleich die Möglichkeit gewinnt, die eigenen Raketen offensiv zu nutzen. Die amerikanische Regierung hat damit eine wichtige Säule des internationalen Gebäudes für strategische Rüstungskontrolle einstürzen lassen; die USA bringen sich aber gegenüber Rußland in eine vorteilhafte strategische Situation. Die USA haben versucht, diese Situation dadurch abzufedern, daß sie

- Rußland bei Kündigung des ABM-Vertrages angeboten haben, gemeinsame Lösungen zur Abwehr neuer Raketenbedrohungen zu suchen. Dazu ist es aber nicht gekommen. Rußland versucht, seinen strategischen Nachteil durch eine neue Generation von Interkontinentalraketen auszugleichen, die nur schwer abzufangen sind. Am 30. Mai 2007 ist mit zwei Probeschüssen die operative Tauglichkeit dieses Systems unter Beweis gestellt worden. Die USA verstoßen mit dem Ausstieg aus dem ABM-Vertrag im Grunde gegen zwei fundamentale und bewährte Sicherheitsprinzipien - zum einen gegen das Prinzip, daß es im Atlantischen Bündnis keine geteilte Sicherheit geben sollte und Europa deshalb dieselbe Sicherheit beanspruchen kann wie die USA; zum anderen wird das Prinzip des sorgsam austarierten strategischen Gleichgewichts zwischen Rußland und Amerika außer Kraft gesetzt.

- Das Raketenprojekt ist im Pentagon gegen terroristische Angriffe entwickelt und mit dem bei den amerikanischen Militärs eigentümlichen Mangel an politischer Sensibilität und diplomatischer Umsicht international vertreten worden. Hohe Militärs wie Generalleutnant Henry A. Treu Obering und letztlich auch Verteidigungsminister Robert M. Gates selbst sind keine geeigneten Vertreter, um ein solches Vorhaben vertrauensbildend zu vermitteln, geschweige denn vorantreiben zu können. Ihre Ämter bieten vor allem keine Gesprächsebene für die höchste politische Führung in Rußland. Eine alte, längst verschollen geglaubte Untugend amerikanischen Umgangs mit Verbündeten während des Kalten Krieges ist damit zurückgekehrt: "Decide first, consult later!" Dabei ist davon auszugehen, daß sich in Washington niemand planmäßig Gedanken gemacht hat, ob und mit wem das Thema Raketenabwehr überhaupt zu konsultieren sei.

Als Ergebnis eines solchen Defizits stellten sich eben die Irritationen bei den Russen und Europäern ein, die heute das gereizte Klima zwischen allen Betroffenen ausmachen. Der zurückgetretene polnische Verteidigungsminister Radek Sikorski hat berichtet, daß die USA seiner Regierung den Raketenplan "auf ziemlich grobe Weise" angetragen hätten. "Irgendein Genie im Pentagon oder im US-Außenministerium hat die erste offizielle Anfrage mit einem vorformulierten Antwortformular geschickt - mit einer langen Liste von Verpflichtungen für das Gastland und wenigen entsprechenden Verpflichtungen für die USA", schrieb Sikorski in der Washington Post.

III.

Der russische Widerstand gegen das amerikanische Projekt "Raketenabwehr" ist sachlich begründet und psychologisch nachvollziehbar - dies vor allem, wenn man auf die dreiste Äußerung der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice blickt, die russischen Befürchtungen seien "lächerlich". Die russische Verärgerung hat sich in den Jahren seit Beginn der NATO-Öffnung für neue Mitglieder Schritt für Schritt aufgebaut - bis sie in der Münchner Re-

IMPRESSUM

Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber und Redaktion: von Dieter Kersten im Verlag NEUE POLITIK GmbH.; Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030 - 822 52 11, Fax 030 - 821 62 88, www.neuepolitik.com, Email kersten@snafu.de. Konto: NEUE POLITIK GmbH. bei der Berliner Bank AG., Konto-Nr. 3534323001, BLZ 100 200 00

Erscheinungsweise: neunmal im Jahr und kostet im Abonnement € 15,60 jährlich (europäisches Ausland € 18,-, außereuropäisches Ausland € 21,-). Eine Kündigung ist jeweils zum Abbonnementsende möglich. Alle mit D.K. gekennzeichneten Beiträge stammen vom Herausgeber. Der Abdruck aller Beiträge ist mit Quellenangabe gestattet. Wir bitten um ein Belegexemplar.

de von Präsident Wladimir Putin eruptiv ein Ventil gefunden hat. Der Kardinalfehler der amerikanischen Seite war, nicht vertraulich mit Präsident Putin darüber gesprochen zu haben, wie Rußland künftige neue Bedrohungen für die USA, Europa und Rußland einschätzt und welche Rolle das Thema Raketenabwehr dabei womöglich spielen könnte. Washington hätte klären müssen, unter welchen Voraussetzungen der russische Präsident den Aufbau eines Raketenabwehrsystems hätte abnicken können. Es bleibt allerdings fraglich, ob die russische Führung einem Stationierungsstandort Polen überhaupt hätte zustimmen können. Der US-Regierung sind die russischen Empfindlichkeiten über ein Vorrücken militärischer Strukturen bis an die Grenzen Rußlands ja durchaus bekannt. Schon die deutsche Wieder-

vereinigung war für die damalige Sowjetunion schwer zu schlucken, weil das vereinte Deutschland Mitglied der NATO werden sollte. Es war jedoch während der "2+4-Verhandlungen" politischer Konsens unter den Verhandlungsparteien, daß es mit der Wiedervereinigung keine Ausdehnung von NATO-Strukturen in Richtung Sowjetunion geben würde; darauf beruft sich Rußland heute noch.

Die spätere NATO-Erweiterung wurde von Rußland nur geschluckt, weil die Aufnahme neuer Mitglieder durch die NATO zugleich von der Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit Rußland begleitet wurde - dies vor allem auf Betreiben der deutschen Regierung. In diesem Zusammenhang hat Moskau von Anfang an deutlich gemacht, daß die Stationierung von Nuklearwaffen und NATO-Infrastruktur auf dem Territorium der neuen NATO-Mitglieder für Rußland nicht hinnehmbar sein werde. Der Nordatlantikatrat hat deshalb am 10. Dezember 1996 förmlich erklärt: "Die Erweiterung der Allianz wird keine Änderung im gegenwärtigen Nukleardispositiv der NATO erforderlich machen, und daher haben die NATO-Länder nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen An-

Einige Bemerkungen zum Artikel > Der Raketenstreit wächst sich zu einer internationalen Krise aus <

(D.K.) Ein Leser hatte mich auf diesen Beitrag aufmerksam gemacht und mir damit die "Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik" (DGAP) noch einmal in das Bewußtsein gerückt. Obwohl der Beitrag aus dem Jahr 2007 stammt, ist er immer noch von großer Aktualität. Er ist bei der DGAP in der Reihe *Standpunkte* erschienen. Die Web-Adresse des Vereins lautet: www.dgap.de.

Einige politische Akteure, die in diesem Artikel genannt werden, haben in den letzten zwölf Monaten ihr Amt gewechselt, aber nicht ihre Bedeutung in der politischen Gegenwart verloren. Der Raketenstreit hat sich durch die Unterzeichnung des Raketen-Stützpunkt-Abkommens zwischen USA und Polen (siehe Editorial des Kommentar- und Informationsbriefes September 2008) zugespitzt. Seine Bedeutung für unser Leben in Europa wird zur Zeit durch die Welt-Finanzkrise in den Schatten gestellt. Ich kann nur hoffen, daß in der Dunkelheit des Schattens nicht zu sehr militärisch gemunkelt wird, vor allen Dingen nicht durch die USA. In politischen Außen-seiterkreisen wird mir zu viel vom großen Krieg geredet. Wird er herbei geredet? Die große, weltweite Finanzkrise wird die Oligarchien der USA nicht davon abhalten, ihre Weltbeherrschungsziele weiter zu verfolgen. Es ist nicht eine vermeintliche Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten, die Grundlage ihrer Militärpolitik ist, sondern es ist ihre unchristliche Gier nach allen Rohstoffen dieser Erde. Auf dieser Weg werden Menschen und Kulturen vernichtet. Leiden die us-amerikanischen Oligarchien an Paranoia (geistig-seelische Funktionsstörungen mit Wahnvorstellungen)? Es wäre gut gewesen, wenn die Autoren Elbe und Weisser diese Sicht der Dinge mit in ihren *Standpunkt* verarbeitet hätten.

Ansonsten kann ich den Autoren Frank Elbe und Ulrich Weisser und der "Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik" für diesen Beitrag und die Veröffentlichung nur gratulieren. Die Veröffentlichung so sachlicher Betrachtungen der militärischen und außenpolitischen Fakten hebt sich von vielen "veröffentlichten Meinungen" in den Medien ab. Er erzeugt Hoffnung, daß sich nicht alle Menschen von den Meinungsmachern der großen internationalen Stiftungen und anderer Organisationen bestimmen lassen. □

laß, nukleare Waffen auf dem

Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu stationieren." Die NATO hat zugleich erklärt, den russischen Bedenken zur NATO-Infrastruktur werde bei der Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa in vollem Umfang Rechnung getragen.

Die NATO hat sich an all diese Zusagen nicht gehalten. Der Vertrag zur Anpassung des KSE-Vertrags wurde zwar schon 1999 in Istanbul von allen beteiligten europäischen Staaten unterzeichnet; er ist aber bisher nur in Moskau ratifiziert. Die westlichen Staaten haben die Ratifizierung mit fadenscheinigen Gründen immer weiter vor sich her geschoben. Eine maßgebliche Rolle spielt dabei, daß die USA sich für ihre Luftstreitkräfte Stützpunkte in Rumänien und Bulgarien gesichert haben, was vom KSE-Anpassungsvertrag kaum gedeckt sein dürfte. Über den baltischen Staaten kontrollieren NATO-Kampfflugzeuge den Luftraum, obwohl es dort keinerlei Bedrohung gibt.

Es war daher abzusehen, daß die russische Reaktion auf die Absicht, ein Raketenabwehrsystem in Polen aufzubauen, harsche Reaktionen der russischen Führung nach sich ziehen wer-

de, zumal ein solches System Rußlands Zweit-schlagfähigkeit bei den zentral-strategischen Waffen objektiv beeinträchtigt, auch wenn die USA nicht müde werden zu wiederholen, daß sich das System nicht gegen Rußland richte. Polnische Regierungskreise verweisen allerdings im Zusammenhang mit dem geplanten Raketenabwehrsystem darauf, daß Warschau dabei vor allem an eine Bedrohung durch Rußland denke. Warschau betont außerdem, daß Washington die Bereitschaft zu Stationierung der Raketenabwehrsysteme mit zusätzlichen Sicherheitsgarantien für Polen honorieren müsse; Warschau erwartet außerdem Patriot-Luftabwehr-Raketen, die auch gegen Rußland gerichtet sein sollen.

Moskau hält es für nicht akzeptabel, daß die USA den europäischen Kontinent in ihr nationales Raketenabwehrprojekt

einbeziehen. Damit würden die NATO und EU, wie auch die strategische Partnerschaft mit Rußland, einseitig durch die USA abgewertet. Moskau bemüht sich, hinsichtlich neuer Bedrohungen zu einer gemeinsamen Position mit dem Westen zu kommen - zu einem integrierten Ansatz im trilateralen Rahmen, der Rußland, die EU und die USA einschließt. Als bestgeeignetes Forum für die notwendige Debatte sieht Moskau den NATO-Rußland-Rat an. Rußland ist gegen die Stationierung von US-Raketenabwehrsystemen in Europa, die sich auf das strategische Gleichgewicht auswirken könnten. Da Moskau schließlich derzeit keine Anzeichen für eine wirklich neue Bedrohung sieht, "es sei denn solche, die sich durch unbedachte Handlungen im Sinne selbst erfüllender Prophezeiung entwickeln" (Außenminister Sergej Lawrow), sieht Moskau genügend Zeit für eine ernsthafte Analyse.

IV.

Die Stationierung eines Raketenabwehrsystems, das explizit gegen eine womöglich entstehende Bedrohung durch iranische Interkontinen-

talraketen gerichtet ist, unterläuft im Übrigen jeden Versuch, mit dem Iran in dieser Frage zu einer gütlichen politischen Lösung zu kommen. Eine übereilte Entscheidung, in naher Zukunft ein Raketenabwehrsystem zu installieren, antizipiert das Scheitern aller Verhandlungen mit Teheran.

Das Atomprogramm des Iran, das bereits vom Schah Reza Pahlevi Ende der 70er Jahre initiiert wurde, sich auf dem Wege zunehmend erfolgreicher Urananreicherung befindet und auf das der Iran aus Sicht Teherans ein verbrieftes Recht hat, steht im Iran nicht zur Debatte. Das Programm findet in der Bevölkerung breite Zustimmung. Der Iran ist von Einkreisungsängsten geprägt - umgeben von nuklear bewaffneten Staaten, von dauerhafter US-Präsenz im Irak und in der Türkei, von enger israelisch-türkischer Militärkooperation, von Spannungen mit der Nuklearmacht Pakistan und einer sich abzeichnenden pakistanisch-saudischen Nuklearkooperation. Eine Aufgabe der Nuklearprogramme und der Raketenrüstung bedeutet für den Iran nicht nur, daß riesige Investitionen abgeschrieben, sondern auch strategische Alternativen für regionale Sicherheit gefunden werden müßten. Die atomaren Ambitionen sind damit zu einem Symbol für den Willen des Regimes geworden, nach innen wie nach außen Stärke zu zeigen. Der Iran ist heute eine Mittelmacht, die zunehmend Einfluß auf die Region gewinnt und dabei auch das Einflußvakuum ausfüllt, das sich durch die gescheiterte Politik der USA im Irak und durch die zu lange Vernachlässigung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ergeben hat. Als Regionalmacht will der Iran dieselbe Qualität der Sicherheit erreichen, wie sie von Pakistan und Indien selbstverständlich in Anspruch genommen wird. Zugleich will der Iran gewappnet sein gegen mögliche Bedrohungen aus Richtung USA.

Die USA werden heute in Teheran als Bedrohung empfunden, weil sie auf einen Regimewechsel hinarbeiten - dies vor allem auch wegen der Zuordnung des Iran zur "Achse des Bösen", zu der US-Präsident George W. Bush zum Zeitpunkt dieser Äußerung den Iran gemeinsam mit Irak und Nordkorea zählte. Das Atomprogramm wird in Teheran als Garantie für die Verhinderung einer militärischen Intervention der USA und damit als Lebensversicherung des Regimes gesehen.

Unsere ausgreifenden Sicherheitsinteressen verlangen im Grunde, den Iran so in eine neue strategische Konstellation einzubeziehen, daß dieses Land auf Dauer Statur als Regionalmacht gewinnen und als Stabilisierungsfaktor im erweiterten Nahen Osten dienen kann. Mit Blick auf die innenpolitischen Veränderungen im Iran und den zunehmenden Einfluß der "Pragmatiker" sollte diese Perspektive nicht abgeschrieben werden.

Die gegenwärtige Problemlage verlangt, Teheran das Gefühl zu vermitteln, daß auf gleicher Augenhöhe verhandelt wird. Ein prakti-

kabler Verhandlungsansatz verlangt, auf Geben und Nehmen, auf Anreize und Androhungen abzustellen. Die wichtigsten Instrumente, die gegenüber dem Iran in einer konstruktiven, abgestimmten Politik eingesetzt werden können, sind ökonomische Anreize, Zusicherung der zivilen Nutzbarkeit von Atomenergie unter den Bedingungen scharfer internationaler Kontrolle, Zusammenarbeit in Fragen regionaler Sicherheit, die auch die Interessen Irans berücksichtigen, aber natürlich auch das Intakthalten unseres eigenen Abschreckungs- und Vergeltungspotentials.

Es kommt also drauf an, die Nuklearproblematik feinfühlig und ohne Vorbedingungen mit Teheran zu verhandeln - so wie mit Nordkorea. Das Projekt Raketenabwehr stört nicht nur diesen Ansatz, sondern auch alle Versuche, mit Rußland zu einer gleichberechtigten strategischen Partnerschaft zu kommen, in der Moskau nicht weiter von der NATO und den USA hintergangen wird.

V.

Man kann alles erklären; aber Erklärungen reichen nicht, wenn man etwas nicht verständlich machen kann. Selbst der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow glaubt: "Es geht doch nur um Einfluß und Herrschaft in Europa." Schließlich darf bei der augenblicklichen Haltung Putins nicht übersehen werden, daß dieser Streit im Vorfeld der russischen Präsidentschaftswahlen 2008 stattfindet, der seine Hände politisch bindet.

Es ist völlig verfehlt, Rußland allein für jede Klimaverschlechterung verantwortlich zu machen, ein neues Rußland-"bashing" zu beginnen und Moskau einen Rückfall in den Kalten Krieg vorzuhalten. Alle Anstrengungen der Politik müssen sich jetzt auf kooperative Lösungsansätze richten. Dabei wird es nicht reichen, Rußland eine Beteiligung an dem Raketenabwehrsystem in Polen anzubieten, die Putin unter den bestehenden Bedingungen nicht annehmen kann. Polen kommt als Standort für die Russen niemals in Frage. Hier wiederholen sich die russischen Irritationen über die Stationierung von amerikanischen Thor-Raketen 1959 in der Türkei, die schließlich zur Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba führten und die Kuba-Krise auslösten. Die USA und ihre Verbündeten müssen die Partnerschaft Rußlands für die Abwehr von terroristischen Gefahren gewinnen und auf der Basis einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse gemeinsam Modelle zur Erhöhung ihrer Sicherheit entwickeln. Es liegt in der Natur der Beziehungen von USA und Rußland zueinander, daß das jetzt vom Pentagon forcierte Raketenabwehrsystem keine ausschließliche Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit sein kann. Auch Präsident Putin hat innenpolitische Zwänge zu beachten. Die seit Peter dem Großen bestehende Spaltung des Landes in fortschrittliche, westlich orientierte Reformer und orthodoxe Slawophile ist ja mit dem Fall der Berliner Mauer nicht aufgehoben worden. Mit dem Pro-

jekt des Aufbaus einer Raketenabwehr in Polen und Tschechien ist offensichtlich nun eine Schwelle überschritten, die Putin zwingt, auf konservative Militärs zu hören und eine schärfere Gangart einzuschlagen. Darauf reagieren die westlichen Medien mit einer neuerlichen Dämonisierung Rußlands. Diese Spirale darf sich nicht weiter nach oben schrauben.

Die zweite Front, die die USA wahrscheinlich absichtslos eröffnet haben, betrifft die Europäer. Die amerikanische Vorstellung, man könne im europäischen Gebiet der NATO bilaterale Absprachen mit einzelnen Bündnispartnern treffen, ohne die politischen Interessen der Europäer zu berücksichtigen, war eine fahrlässige und naive Fehleinschätzung. Europa ist kein Vorhof der USA, in dem diese frei schalten und walten können. Umgekehrt erlaubt die Integration von europäischen Staaten in die NATO und die EU diesen politisch keine Sonderabsprachen mit den USA mehr, die sicherheitspolitische Interessen Europas berühren, wengleich die völkerrechtlichen Voraussetzungen hierfür immer noch gegeben wären. Insoweit ist der Streit über das Raketenabwehrsystem auch ein Lackmустest für die europäische Identität in Sicherheitsfragen und für den Anspruch der Europäischen Union, eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu schaffen, wie das in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam vorgesehen ist. Es steht für Europa viel auf dem Spiel. Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat zu Recht gewarnt: "Wir sollten sehr vorsichtig sein, die Schaffung neuer Trennlinien in Europa oder die Rückkehr einer alten Ordnung in Europa zu fördern."

Einen Ausweg aus der gegenwärtigen, schon ziemlich verfahrenen Situation bietet der von Bundeskanzlerin Angela Merkel nachdrücklich vertretene Vorschlag einer Lösung innerhalb der NATO und eines offenen und vertrauensvollen Gespräches mit Rußland auf höchster Ebene. □

Diktatur der Bürokratie

(D.K.) Die beiden nachfolgenden Beiträge habe ich den Hausnachrichten der Firma Manufactum, Herbst 2008, entnommen. Bei der Wiedergabe der nicht gezeichneten Beiträge geht es mir weniger um die schnurlosen Telefone oder um unsere ganz normalen Glühbirnen. Mir geht es um die auch heute schon da und dort praktizierte Diktatur der Bürokratie Orwellscher Prägung. Über ein öffentliches Meinungsmachen sondergleichen werden die Menschen konditioniert, den Einschränkungen von Freiheit, Gesundheit und von individueller Lebensqualität klaglos zuzustimmen. Dazu gehört auch der >Kampf gegen den Terror<, der Schäuble'sche Überwachungsstaat und die Einengung und gleichzeitig die Kontrolle von Gesundheit und Krankheit. Der Lebensspielraum der Menschen wird immer enger und es betrübt mich sehr, daß offensichtlich die Mehrzahl der Men-

schen diese Verengung klaglos akzeptieren. Am Schluß dieser "menschlichen Entwicklung" wird ein menschliche und gesellschaftliche Katastrophe stehen, dessen Ausmaß wir uns gar nicht ausmalen können. Er wird nur zu verhindern sein, wenn wir basisdemokratisch unseren Nachbarn suchen, mit dem wir gemeinsam unsere Umwelt gestalten sollten.

Gesündere Schnurlostelefone werden verboten Das Ende von CT1+

Das Kreuz im Kürzel CT1+ bekommt jetzt einen ganz neuen Sinn, denn bis spätestens 31.12.2008 sind die bewährten und funktionssicheren Endgeräte, die diesem Standard folgen, auf den Elektronikfriedhof zu bringen. Die Bundesnetzagentur inkriminiert - in vauseilender Erfüllung einer Forderung der EU - die weitere Verwendung als bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeit und droht sogar an, heimliche Weiterbetreiber auf deren Kosten mit dem Peilwagen aufspüren zu wollen. Am besten macht man eine bundesweite Roadshow mit zwei Dutzend Lastwagen daraus. Darin können dann Techniker in Ruhe die Peilantennen ausrichten, während draußen freundliche Hostessen Werbung für den DECT-Standard machen.

Der absurde Eifer, mit dem die Bundesnetzagentur Geräte jagt, deren Störungsradius kaum über die eigenen vier Wände hinausgeht, sagt schon einiges über die Verordnungsversessenheit in diesem Lande aus. Gute, funktionstüchtige Produkte kommen durch diese Regelung auf den Müll, die Nutzer werden kriminalisiert, und es gibt für die Drastik der Maßnahmen nicht einmal ein richtiges Argument. Auch deshalb scheint die Überlegung angebracht, ob man nicht besser beraten ist, wenn man sich ganz von der Schnurlostechnik abwendet. Als wir Geräte dieses Standards vor zwei Jahren als gesündere (weil strahlungärmere) Alternative zum DECT-Standard beworben haben, taten wir das in der Zuversicht, daß die Benutzung auch über den schon damals bekannten Stichtag hinaus nach Schweizer Vorbild stillschweigend geduldet würde. Dort, sowie in Österreich, geht man mit dem Thema weitaus entspannter um, die Geräte dürfen auch weiterhin verkauft und benutzt werden. In Deutschland hat man die Sendefrequenzen der Firma 02 überlassen, die laut Pressesprecher Albert Fetsch das 900-MHz-Spektrum bereits seit 2006 nutzt und die Belegung dieser Frequenzen in diesem Jahr sehr verstärkt hat: "Deshalb kann der Schutz für unsere Kunden (in den Wohnungen) sehr wichtig sein." Auch uns ist der Schutz unserer Kunden sehr wichtig; deshalb können Sie das Gerät bei uns jetzt nur noch auf ganz besonderen Wunsch bestellen, wobei wir ausdrücklich nachfragen werden, ob Sie es im Bewußtsein der drohenden Konsequenzen wirklich möch-

ten und sich im klaren darüber sind, daß Sie es - zumindest in Deutschland - ab 2009 nicht mehr nutzen dürfen.

Gleichzeitig ist vielleicht der Hinweis angebracht, daß der Frequenzbereich, auf dem die Geräte des Nachfolgestandards DECT funken, vorläufig bis 2013 zugeteilt ist und dann erst verlängert werden muß - sofern man sich bis dahin nicht eine neue Perfidie ausdenkt, mit der man harmlose Telefonierer zum neuerlichen Gerätekauf zwingt. In der Diktion der Bundesnetzagentur liest sich das so: "Die Befristung erfolgt, da man sich im Interesse der Allgemeinheit für neue Technologien und eine effiziente Frequenznutzung zukunftsorientierte Steuerungsmöglichkeiten offenhalten will." Und die Durchsetzung ihrer Steuerungsmöglichkeiten beschreibt sie auch gleich: "Stellt der Funkmeßdienst der Bundesnetzagentur bei der Eingrenzung von Funkstörungen ein nicht oder nicht mehr zugelassenes Schnurlostelefon als Verursacher fest, so muß die Bundesnetzagentur (nach den Vorgaben der Frequenzgebührenverordnung) dem Verursacher ihren oft nicht unerheblichen personellen und materiellen Aufwand für die Störungseingrenzung neben einem Ordnungswidrigkeitsgeld in Rechnung stellen. Wer also ein solches Altgerät hat, oder wegen eines anscheinend günstigen Angebots an den Erwerb denkt, sei hiermit zur Vorsicht gemahnt."

Auch wenn die Sache also von Brüssel ausgeht: Wie sie hierzulande gehandhabt wird, kann man als einigermaßen typisch ansehen. In einer Zeit, in der laut und weitgehend unwidersprochen über ein Benutzungsverbot normaler Glühbirnen nachgedacht wird, braucht man sich über die galoppierende Regelungswut der Obrigkeit nicht zu wundern. Es bleibt aber die Frage, warum sie sich immer so treffsicher auf die banalsten Dinge stürzt, statt endlich einmal die wirklich drängenden Probleme anzugreifen. Und dementsprechend sehen auch die Kommentare aus: "Auf die Idee, mit Peilungen derartige Schnurlostelefone auszuforschen, kommen wohl nur unbelehrbare Bürokraten", schreibt jemand bei Heise online. "Erstens ist es technisch gar nicht so einfach, einen kleinen Sender im Nahfeld einer Wohnhausanlage zu finden, womöglich noch >gestört< durch weitere >illegale< Sender (Schnurlostelefone). Es schaut ganz danach aus, als würde eine riesige Verwaltungsmannschaft nach einer sinnvollen Beschäftigung suchen. Zweitens: Effiziente Frequenzverwaltung ist das nicht. Die Orts- und Zeitwahrscheinlichkeit einer gegenseitigen Störung mit einem neuen System geht gegen Null. Jeder PC hat ein höheres Störpotential, die Tatsache, daß es sich dabei um >unintended emissions< und nicht um Telekommunikation handelt, ist lediglich eine formale. Schlußfolgerung: Gar nichts machen ist das sinnvollste, keine leeren Drohungen und auch keine sinnlosen Pressemeldungen. Einfach warten, bis die letzten Telefone den Geist aufgeben, und

akzeptieren, daß das Radiospektrum kein preußischer Exerzierplatz ist."

Das können und wollen wir an dieser Stelle nur zitieren, aber keineswegs empfehlen. Von unserer Seite kommt nur folgender, vielleicht von unverbesserlichem Optimismus getragene Tip: Möglicherweise lohnt es sich, das bewährte Gerät am Silvesterabend 2008 behutsam auszustöpseln, es sorgfältig zu verpacken und auf den Beginn des Jahres 2014 zu warten. Nicht auszuschließen, daß es dann eine wundersame Auferstehung und seinen dritten Frühling erlebt. Die Schweizer Regelung können Sie unter <http://www.bakom.ch/themen/geraete/00568/00571> nachlesen

Der Vorschriftenstaat rettet die Welt durch ein Glühbirnenverbot

Der Frühling ließ wieder die Säfte steigen, vor allem in die Köpfe der Verordnungsbürokratie. Gerade erst hat sich die Raucherhatz etwas beruhigt, da bangen Grillfreunde um ihre Holzkohle (Feinstaub), rechnen deutsche Kaminbesitzer den Rauchfilter-Zwangskauf durch und fühlen sich Sockenträger schon halb im Fadenkreuz des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Unter allgemeiner Zustimmung einer Bevölkerung, die sich angesichts schmelzender Gletscher und steigender Temperaturen einreden läßt, so könne man "das Klima retten", wird schon die nächste Sau durch das Dorf getrieben: Das anstehende Glühbirnenverbot ist ungefähr so sinnvoll wie der Versuch, das Meer zu salzen. Es entmündigt die Menschen und beraubt sie naheliegender und bewährter Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Umgebung. Vernunft und Augenmaß bleiben auf der Strecke. Nicht nur, weil sich volljährige, wahlberechtigte Bürger nicht von einer Obrigkeit diktieren lassen müssen, was genau sie in eine Lampenfassung zu schrauben haben. Sondern auch, weil die propagierte Abhilfe viel Geld versenkt und dabei nicht wesentlich besser ist: Statt angeblicher 95% Energieverlust sind es zwar "nur" 75%, aber dieser mäßige Vorteil wird durch teure Elektronik, entsprechende Ressourcenverschwendung, elektromagnetische Felder, lange Anlaufzeiten beim Einschalten und schnelle Abnutzung bei kurzen Schaltzyklen erkaufte. Und das Problem wird nicht von der Wurzel her gelöst, denn während unschuldige Allgebrauchslampen inkriminiert werden, laufen die Wäschetrockner und Klimageräte munter weiter. Nach neueren Messungen hat die normale Glühbirne eine Lichtausbeute von 11,7%. Hätte das Stromnetz noch wie früher 220 V (statt der heutigen 230 V), so würden die Birnen fast doppelt so lange halten. Dem Milchlicht der Energiesparleuchten wird zwar ein "fast unschlagbares Preis-Leistungs-Verhältnis" bescheinigt, aber dennoch kommen bei jedem Defekt ungleich mehr Bauteile auf den Müll. Und wenn zu lesen ist, daß bei der Produktion soziale Mindeststandards eingehalten werden,

dann deutet das wieder auf die Niedriglohnländer am Weltrand hin, auf riesige Transportstrecken und die dadurch freigesetzten CO2-Mengen. Was aber die paternalistischen Anstrengungen zur Abschaffung der Glühbirnen restlos als hell-kühles Marketing entlarvt, ist die Position der Branchenriesen. Die haben über Jahrzehnte jede Entwicklung hin zur länger haltbaren Birne kategorisch ausgebremst. Jetzt plötzlich wittern sie Zeitgeist und nehmen in der Achterbahn der Klimaretter die vorderen Plätze ein. Von dort aus verkünden sie, es sei Zeit, die 100 Jahre alte, bewährte Glühlampe ins Museum zu verbannen. Ein flotter Satz, der sich leicht dahinsagt. Für viele Betriebe, die diese Leuchtmittel fertigen, bedeutet er das Aus. Der allzu sichtbare Hintergedanke: Wenn nur noch Hitech-Leuchtmittel erlaubt sind, elimi-

niert das die gesamte mittelständische Konkurrenz - ganz wenige Großfirmen stecken hinterher den Gesamtmarkt ab.

Und wie beim Feinstaub, bei dem sich der Aktionismus am Pkw-Verkehr entladen hat, setzt man wieder am weichsten Punkt an, beim Endverbraucher und Einzelhaushalt. Abgesehen davon gibt es Anwendungen, für die Leuchstofflampen ungeeignet sind: Durchgangsbeleuchtung oder die Beleuchtung in Treppenhäusern, die nach wenigen Minuten automatisch abgeschaltet wird. Hier halten die Energiesparlampen längst nicht so lange wie im Dauerbetrieb, außerdem brauchen sie in der Startphase sehr viel Energie, ohne daß es sofort richtig hell würde. Hinsichtlich des Elektroschmogs rät das Schweizer Bundesamt für Energie zum Kauf einer Leuchte mit geerdetem Me-

tallgehäuse und schreibt in einem Merkblatt: "Weiter hilft das konsequente Ausschalten." Zu dem raten auch wir, zumal es dann der dräuenden Umstellungshysterie gar nicht bedarf. Die Beleuchtung hat einen Anteil von nur etwa 10% am häuslichen Stromverbrauch - die wahren Sünder sitzen anderswo. Beispielsweise in Raumkühlungsgeräten, Wäschetrocknern, alten Kühlschränken oder sinnlos überzüchteten Computern, denen die Prozessorhitze durch ebenfalls stromschleudernde Luftquirle ausgetrieben werden muß, damit sie nicht vom selbstverursachten Hitzekollaps dahingerafft werden. Schalten Sie das Licht aus, wo es nicht gebraucht wird. Und bevor Sie von der Birnenpolizei zum Öffnen Ihrer Einkaufstasche aufgefordert werden, können Sie ja noch einen kleinen Vorrat anlegen. □

Beispiel: Moschee-Bau in Köln

(D.K.) Es muß in Deutschland die Möglichkeit geben, gegen Moscheen zu demonstrieren, ohne gleich mit dem Hammer der Intoleranz erschlagen zu werden. Die meisten Moscheen in Deutschland werden mehr oder minder direkt von den Saudis finanziert, deren islamische Glaubensrichtung eine Radikale ist. Sie sind Wahabiten. Die Imane (Prediger) für Deutschland werden in den meisten Fällen vom staatlichen türkischen Glaubensamt bezahlt. Den Text ihrer Predigten müssen sie sich von dem Glaubensamt genehmigen lassen. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan soll anlässlich seines Staatsbesuches im Februar 2008 seine türkischen Landsleute in Deutschland

aufgefordert haben, Deutschland zu islamisieren. Das ist eine sehr heftige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Hinzu kommt noch, daß ein großer Teil der in Deutschland wohnenden und arbeitenden Türken Aleviten sind. Die Aleviten sind die zweitgrößte Religionsgruppe in der Türkei. Die alevitische Kultur entstand im 13.-16. Jahrhundert in Anatolien aus der Verschmelzung schiitischer, altchristlicher und schamanitischer Elemente. Nach der alevitischen Lehre lebt Gott im Menschen; äußere, ritualisierte Glaubens- und Gesetzespflichten (wie in Scharia und Sunna dargelegt) sind daher unbedeutend; das religiöse Leben findet in Gemeinschaftsversammlungen (Cem) statt. Diese Aleviten gehen selten oder gar nicht in eine Moschee. In Deutschland sollen

sie von ihren türkisch-islamischen Landsleuten (türkischer Geheimdienst) dazu gezwungen werden. Hinzu kommt noch das äußerst schwierige Verhältnis der Kurden zu den Türken. Kaum ein Kurde wird in Deutschland in eine türkische Moschee gehen. Die krankhafte Vorstellung einiger Deutscher, sie könnten ihre latente Menschenverachtung überwinden, indem sie andere, fremde, türkische Menschen in die kulturelle Verallgemeinerung treiben, führt zu einer politischen und kulturellen Schiefelage, die ich nicht akzeptieren kann. Die Moschee in Köln, gegen deren Bau im September 2008 protestiert wurde, ist in ihrem architektonischen Ausmaß eine Demonstration finanzieller, kultureller und politischer Macht. Die Minarette dieser Moschee sind höher als die Türme des Kölner Domes. □

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) Im Dezember 1994 habe ich zuletzt über eine Revue im **Friedrichstadtpalast** berichtet. Sie können diesen Bericht nach-lesen, und zwar auf meiner Web-Seite www.neuepolitik.com. Es ist der erste und älteste Bericht unter der Rubrik **Kultur** auf der Webseite.

Nun war ich wieder im **Friedrichstadtpalast** und zwar am 29. August 2008 zur **Sommerrevue**, an einem Freitag. Die Programme haben sich in den vierzehn Jahren x-mal geändert. So manche Interpretin/Interpret ist nicht mehr dabei. Trotzdem könnte ich die kritischen Bemerkungen meines Berichtes aus dem Jahr 1994 wiederholen. Ich müßte die Bemerkungen sogar verschärfen. Deutlicher geschrieben: die Vorstellung **Sommerrevue** im August 2008 war ein Flop.

Am 1. September meldeten die Medien den Hilferuf des Intendanten Dr. Berndt Schmidt an den Senat (Regierung) von Berlin nach einer Geldspritze = Gesellschafterdarlehen (so die Vokabeln) von 3,5 Millionen Euro, weil sonst der **Friedrichstadtpalast** seinen Betrieb

einstellen müßte. Der Regierende Bürgermeister Wowereit (Ministerpräsident des Landes Berlin) beeilte sich, die Millionen zuzusagen, obwohl das Abgeordnetenhaus (Parlament) der eigentliche Bestimmer ist. Die regulären jährlichen Subventionen des Theaters betragen 6,1 Millionen Euro. Wenn nicht gründliche Änderungen in die kulturellen Darbietungen und kaufmännischen Gepflogenheiten passieren, wird sich dieser Ruf nach zusätzlichem Geld alle Jahre wiederholen.

Der Tagesspiegel berichtet ebenfalls am 1. September, daß alleine in den letzten Monaten beim Personalabbau 1,5 Millionen Euro Abfindungen gezahlt worden sind. Vielleicht wundert sich gar keiner mehr? Vielleicht bin ich von gestern? Wer bekommt da in welcher Höhe Abfindungen auf Kosten des Steuerzahlers? Wer kontrolliert das?

Auch wenn ich eingeladen war = das Billett kostete (pro Stück!!) € 62,70, Parkett A links, Reihe 8. Von den 1.895 Plätzen waren höchstens die Hälfte besetzt.

Die Vorstellung am 29. August begann mit dem berühmten **CanCan** von Jacques Offen-

bach. Das Ballett des Hauses tanzte gekonnt gut. Aber da war etwas, was mich störte. Es dauerte einen Moment, bis ich merkte, was los war: das Orchester klang nicht stimmig und die Lautsprecheranlage war zu laut eingestellt. Ich habe den **CanCan** schon mal musikalisch flotter gehört.

Die Moderatoren Santina Maria Schrader und Peter Wieland standen einsam auf der angeblich größten Bühne der Welt = 2.200 qm + 700 qm zusätzlich bespielbarer Fläche, und versuchten, Stimmung zu machen. Sie ließen keine Gelegenheit aus, den **Friedrichstadtpalast** "über den Klee" zu loben und das Publikum zu nötigen, diese Lobpreisungen zu beklatschen. Ihre Gesangseinlagen waren, vielleicht auch technisch bedingt, fast eine Zumutung. Das gilt ebenfalls für die anderen Sängerinnen und Sänger des Abends. Eine Ausnahme machte der Schauspieler Walter Plathe mit seinen Chansons aus den ersten 20 Jahren des vorigen Jahrhunderts. Er hatte den Vorteil, von einem Pianisten auf der Bühne begleitet zu werden. Sehr schwach waren die "Bodenturner", die im Programmheft gar nicht erst erwähnt

wurden. Die Trapezkünstler Peggy & Ronny waren einsam gut. Das waren übrigens die drei einzigen Kleinkunst- bzw. Varieté-Darbietungen.

Während ich meinen Bericht schreibe, habe ich mir einige Notizen gemacht:

Revue theater

Revue = musikalisches Ausstattungstück

Performance = Vorführung, Happening
Kleinkunst

Musical

Operette

Varieté entspricht nicht dem Zeitgeist

Varieté = Theater mit wechselndem künstlerischen Programm

Hinzu kommt noch die Wort-Kombination Show-Entertainment pur,

2 x englisch + 1 x deutsch, mit der die "Weltpremiere" im **Friedrichstadtpalast** am 9. Oktober, "**Qi - eine Palast-Phantasie**", angekündigt wird.

Revue theater und Revue stammen aus der etwas aufgepeppten, nicht ganz korrekten, "100-jährigen" Geschichte des **Friedrichstadtpalastes**, und zwar aus den ersten 30 Jahren des vorigen Jahrhunderts (ohne Fernsehen!) und der DDR ab 1984 (mit Fernsehen). In der DDR kamen ganz offensichtlich die Röcke schürzenden, tanzenden hübschen Mädchen des Balletts mit ihren niedlichen Strumpfbändern gut an. Sie brachten eine etwas schlüpfrige, bunte und "heile" Welt in die graue DDR-Wirklichkeit.

Performance ist ein, für mich, neues Wort, deren Inhalt ich akzeptieren könnte, Kleinkunst auf kleinen Bühnen natürlich auch. Musical und Operette haben eine Handlung, wie gut oder schlecht sie immer sein mag, und sind dadurch meistens ansprechender als eine Revue. Ob das Varieté nicht mehr dem Zeitgeist entspricht, weiß ich nicht.

Die Stichworte stammen aus der Berliner Tageszeitung **Der Tagesspiegel**, Anfang September. Aus dieser Tageszeitung habe ich auch die Informationen, daß die Berliner Theater, **Tipi am Kanzleramt**, **Bar jeder Vernunft**, **Chamäleon**, ohne staatliche Subventionen auskommen und Varieté, Kleinkunst und Performance vereinen, ohne Revue.

Soll der Steuerzahler ein Revue theater, welches sich überlebt hat, weiter finanzieren? Ich bin dagegen, auch wenn es mir um das reizende Ballett leid tut.

Ein Argument für den **Friedrichstadtpalast** in der jetzigen inszenatorisch-künstlerischen Ausrichtung ist der, auch von mir gewünschte, Erhalt des dem Hause angeschlossenen Kinderballetts. Mich würden die betriebswirtschaftlichen Daten sehr interessieren, zum Beispiel, wie viel kostet das Kinderballett alleine, ohne das große Haus Friedrichstadtpalast?

Meine Frage an die Kulturschaffenden, Kulturinteressierten und Kulturkonsumenten wäre darüberhinaus auch: mit welchen Programm-Ideen kann der Friedrichstadtpalast mit seiner großen Bühne und mit seinen ex-

zellenten technischen Einrichtungen, darunter ein 225 t schweres Wasserbecken, erhalten bleiben?



(D.K.) Das **Deutsche Theater** in Berlin-Mitte wird zur Zeit renoviert und hat gegenüber dem festen Haus ein Zelt aufgeschlagen, in dem jetzt Theater gespielt wird. Ich sah dort am 28. September das Lustspiel *Mirandolina* des italienischen Schriftstellers **Carlo Goldoni** (1707-1793).

Das Ambiente des Zeltes paßt vorzüglich zu dem Lustspiel, welches 1752 in Venedig uraufgeführt wurde. Es war die Zeit der umherreisenden Schauspielertruppen. Soweit ich es verstanden habe, war **Goldoni** ein erfolgreicher Modernisierer der damaligen Aufführungspraxis von Lustspielen, die von Harlekinen mit freier Textwahl bestimmt wurden. Er hatte viele Feinde in der Zunft der Stückeschreiber und ich verdanke es dem Programmheft des **Deutschen Theaters**, mit Carlo Gozzi (1720-1806), einem Zeitgenossen und Kollegen **Goldonis** bekannt zu werden. Das Deutsche Theater veröffentlicht in dem Programmheft einen Memoiren-Ausschnitt Carlo Gozzis, ein Zeit- und Sittenbild aus dem Italien des 18. Jahrhunderts. In dem Lustspiel geht es um eine junge Frau, - *Mirandolina* -, die durch den Tod ihres Vaters Wirtin eines Gasthauses (heute würde man sagen, eines Hotels) geworden ist. Sie wird von vier Männern umworben, wobei sie einen davon, nämlich einen reichen Ritter, einen Gast mit frauenfeindlichen Sprüchen, mit List und Tücke, zu einem heißen Werber machen wird. *Mirandolina* entwickelt, für die damalige Zeit, ein erstaunliches emanzipatorisches Vokabular und Geschick, verpackt in ein Spiel, in dem der Adel und seine Konventionen auf eine fröhliche Art und Weise "durch den Kakao gezogen wird". Auf der Bühne ist ständig Action, manchmal vielleicht etwas überzogen, was aber vermutlich den Zuschauern von 1752 genau so erschienen sein wird. *Mirandolina* heiratet zum Schluß ihren Hausdiener.

In dem oben erwähnten Text von Carlo Gozzi, der ein heftiger Feind und Kritiker von **Goldoni** war, steht ein Satz, der mich erstaunt hat: > *Die Modeadvokaten und die emanzipierten Frauen bekamen ebenso ihre Stiche ab wie die Poeten des Tages.* <

Da habe ich in der Tat etwas dazu gelernt: es gab die *emanzipierten* Frauen schon im 18. Jahrhundert und sie waren gesellschaftlich und literarisch erwähnenswert. Sie sind keine moderne Erscheinung, aber sie sind, wie *Mirandolina*, auch damals schon aufgefallen, selbstbestimmt und doch liebend.

Es war eine fröhliche Schauspielertruppe, die am 28. September im Zelt des Deutschen Theaters spielte. Um so bedauerlicher war es, daß nur etwa 60 % der Plätze besetzt waren. Die Premiere dieser Berliner Inszenierung war am 12. September 2008. Es gab einen fröhlichen Applaus. □

Dienstleistungen

(D.K.) Vor wenigen Wochen wurde im RBB-Fernsehen, in einem Wirtschafts-Magazin gesagt, daß Deutschland immer mehr zu einer Dienstleistungswüste wird. Als Beispiel wurden u.a. die Paket- und Päckchen-Stationen "in Selbstbedienung" der DHL (Paketdienst der Deutschen Post) genannt, mit ihren offensichtlich komplizierten Benutzungsanweisungen. Ich selber habe diese Stationen noch nicht genutzt, wie Sie aus meiner Formulierung erkennen können. In dieser Magazin-Sendung wurde auch ganz "unverblümt" gesagt, daß in Deutschland die Dienstleistungsempfänger immer mehr und natürlich ungefragt zu ihrem eigenen Dienstleister werden, selbstverständlich ohne Bezahlung. Damit wird Personal gespart! Vermeintliche Preisnachlässe für den Kunden nützen ihm wenig. Kassieren tut der "Investor" (Aktienbesitzer) über die Dividenden und Aktienspekulationen und der Vorstand der AG über das hohe Gehalt und die Prämien.

Ich habe mich an dieser Stelle vor einigen Monaten über die Deutsche Post beschwert, weil sie mir an einigen Tagen die tägliche Post nicht zugestellt hatte. Das passierte nun wieder: ich habe am 25., 26., 27. September und am 1. + 4. Oktober 2008 keine Post zugestellt bekommen, weder als Geschäfts- noch als Privatmann. Ein Postfach und die Abholzeit kosten den Verbraucher das Geld, welches der "Postkunde" im voraus schon längst bezahlt hat. Mein Appell an die in diesem Land reichlich vorhandenen Juristen: es müßte doch möglich sein, die Deutsche Post z.B. auf "Postunterschlagung" zu verklagen und die Vorstände persönlich zu belangen, die es in ihren öffentlichen Selbstdarstellungen nie unterlassen, sich selbst und ihre Firma als Dienstleister "über jeden Klee" zu loben (und damit zu lügen).

Ich habe versucht, die Telefonnummer meines Zustellpostamtes heraus zu finden. Es gibt keine Telefonnummer mehr. Die Postmitarbeiter müssen vor den empörten Kunden und Bürger geschützt werden. Es gibt nur noch eine bundesweite Service-Telefonnummer, die wer weiß wo, bedient wird. Die weibliche Stimme an anderen Ende versicherte, die Beschwerde sofort weiterzuleiten; das war am 26. September.

Die Deutsche Post verlangt von ihrem "Kunden" auch starke Nerven! Vor Wochen erhielt ich die Briefpost an einen Freund zurück, mit der gestempelten Nachricht, "Empfänger soll verstorben sein". Email und Telefon brachten Klarheit - er lebt. Ich empfahl ihm, Kontakt mit seinem Zustellpostamt aufzunehmen. Dort lag eine Menge Post für ihn. Er wohnt seit über 20 Jahren in seiner Wohnung.

Das passiert nicht das erste Mal. Ich möchte nicht wissen, wie viel dieser Bescheide "Empfänger soll verstorben sein" falsch sind. Bei meinen Werbeaktionen kommen allerhand Briefe mit diesem Stempel zurück.

Dienstleistungsfeindliches wird mir auch über die Deutsche Bahn berichtet. Ich selber bin kein fleißiger Reisender. Trotzdem bin ich auch schon an Fahrtscheinautomaten gescheitert: an der Bedienungsunfreundlichkeit (hier hat mir ein junger Mann geholfen) und weil meine Bahncard stecken blieb (da war zufällig ein Bahnbediensteter anwesend). Die fehlenden Fahrkartenschalter auf vielen Bahnhöfen, die schlecht beleuchteten Fahrkartenautomaten, die beschädigten, nicht mehr funktionierenden Automaten und das fehlende, zu jedem Automaten eigentlich dazugehörige, Servicetelefon, die fehlende Möglichkeit, im Zug die Fahrkarte ohne Zuschlag (Strafe) zu bezahlen, all das macht das Bahnreisen in Deutschland zu einer unfreundlichen Angelegenheit. Wenn dann noch nachts in einem Regionalzug Kontrolleure mit Hunden tätig werden, wie mir berichtet wurde, dann ist für mich das "Dienstleistungsfaß" zum "Überlaufen" gebracht.

Auch hier sollten sich die Juristen Gedanken machen, wie der Deutschen Bahn über die Gerichte Dienstleistungsfreundlichkeit beigebracht werden kann. Wenn das nicht geht, dann muß der Bürger in Direkter Demokratie Parteien und Wirtschaft zu einer bürgerfreundlichen Gesetzgebung zwingen.

Es scheint so zu sein, daß hinter der mangelnden Dienstleistungsbereitschaft auch sehr viel Menschenverachtung steckt, die von den Führungsetagen hinunter bis zum einfachen Mitarbeiter signalisiert wird. □

Der besondere Hinweis

(D.K.) Im Argentinischen Tageblatt vom 12. Juli erschien wieder ein Leserbrief von Enrique Heymann, ebenfalls Leser des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK. Argentinien hat eine Präsidentin: Cristina Fernández de Kirchner, Ehefrau ihres Präsidenten-Vorgängers Néstor Kirchner. Ehefrau Cristina regiert, aber Ehemann Nestor singt nicht. In Frankreich regiert Nicolas Sarkozy und Ehefrau Carla Bruni singt wenigstens.

Erbauen Sie sich an weiteren Leserbriefen von Enrique Heymann, in dem Sie beim Buchdienst des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK sein Buch Ein- und Ausfälle eines Hundertjährigen bestellen. Sie finden das Buch in der beiliegenden Bestellliste. Besprechungen zu diesem Buch finden Sie unter www.neuepolitik.com.

(Kaum) Ähnlichkeiten

Buenos Aires

Wir lesen mit Bewunderung, daß die Sängerin und "primera dama" Frankreichs, Carla Bruni, eine neue CD herausgebracht hat. Ganz sicher wird diese ein Erfolg, der sich gut verkaufen läßt.

Man kann nichts dagegen einwenden, daß sie einmal im Jahr auf diese Art von sich hören läßt, während ihr Ehemann regiert.

Hier hingegen müssen wir uns jeden Tag die gleiche Platte anhören, obwohl sie abgedroschen und völlig unverkäuflich ist, trotz enormer Anstrengungen der Obrigkeit.

Soviel zu musikalischer und politischer Sphärenmusik...

Enrique Heymann □

Buchvorstellung

(D.K.) Hans Henle's *Der neue Nahe Osten* erschien ursprünglich 1966 im Holsten-Verlag, dem schon lange vergangenen Schwesterverlag der NEUEN POLITIK. Die vorliegende Ausgabe erschien 1972 bei Suhrkamp und ist politisch nicht mehr aktuell. Durchgesehen und ergänzt wurde diese Ausgabe damals von Dr. Curt Ullerich. Es ist sozusagen ein Geschichtsbuch mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis. Nur wenn wir die Geschichte kennen, verstehen wir die Gegenwart und können die Zukunft gestalten. Es ist ein gebrauchtes Buch. Ich biete den Titel in der beiliegenden Bestellliste an, so lange der Vorrat reicht. Der nachstehende Text stammt aus dem Taschenbuch.

Hans Henle, geboren 1925 in Rumänien, studierte Jura und Volkswirtschaft in der Bundesrepublik, in Frankreich und den USA, besuchte für deutsche Zeitungen Nordafrika und den Nahen Osten und betrieb Forschungsarbeiten für die Europäische Auswanderungsorganisation CIME und das Internationale Rote Kreuz. Seit 1966 leistet er praktische Entwicklungsarbeit in Süd- und Ostasien. Buchveröffentlichungen in deutscher Sprache: *Mao, China und die Welt von heute* 1961, *Chinas Schatten über Südost-Asien* 1964. Curt Ullerich, geboren 1920 in Berlin, lebt in der Schweiz. Zu Entwicklungsmissionen für mehrere Handelsgesellschaften und als Konsultant internationaler Wirtschaftsorgane bereiste er Afrika, den Nahen Osten und Asien. Veröffentlichungen über Probleme der sozioökonomischen Entwicklung der Dritten Welt u. a. in Geopolitik.

Der neue Nahe Osten von Hans Henle erschien erstmals 1966 und wurde für diese Ausgabe von Curt Ullerich durch Ergänzungen für die Zeit bis 1971 auf den neusten Stand gebracht. Zum ersten Mal wird hier die gesamte Unabhängigkeitsbewegung der nahöstlichen und nordafrikanischen Staaten der islamischen Welt, einschließlich der Enklave Israel und der ethnischen und religiösen Minderheiten, im Wechselspiel mit den ehemaligen Kolonialmächten und den neuen Weltmächten zusammenhängend und mit fundierten Detailkenntnissen dargestellt. Dabei wird vor allem das verhängnisvolle Versagen der bis jetzt fast ausschließlich neokolonialistischen Politik des Westens unterstrichen. Die verschiedenen Wege zur Unabhängigkeit, vom neokolonialistischen Kompromiß bis zum sozialistischen Experiment, werden einander gegenübergestellt und auf ihre Erfolgschan-

cen hin geprüft. Es wird deutlich, daß die Unabhängigkeitsbewegung erfolglos bleibt, wenn auf die Erringung der politischen Autonomie nicht die völlige Überwindung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von außen und der Feudalstrukturen im Innern folgt. Am Vorabend der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und der Bundesrepublik gewinnt das Buch zusätzliche Aktualität. Noch können aus Gegnern Partner werden.



(D.K.) Dieses Büchlein *Menschen als Patienten - Medizinisches und Meditatives* von Verena van Ogtrop hatte ich mit Unterbrechungen in meinem Angebot, aber meines Wissens nie im Kommentar- und Informationsbrief vorgestellt. Ich will das ganz schnell nachholen und den Titel in der Rubrik NEU in unserem Angebot in der Bestellliste wieder anbieten. Ich stelle das Buch mit einem Text vor, den ich auf der Seite www.medizinfo.de gefunden habe.

Aus einer Kritik: "Wir kennen viele Arztbiografien, in denen ausführlich über Lehren und Heilmaßnahmen berichtet wird. Selten schreibt ein Heilpraktiker über sein Praxiserfahrungen. Hier äußert sich eine Frau, die seit über 30 Jahren als Heilpraktikerin und Meditationslehrerin arbeitet. Sie zeigt skizzenhaft Heilmöglichkeiten auf und belegt sie mit Patientendaten aus ihrer Praxis. Menschenschicksale werden kurz beleuchtet oder ausführlich geschildert. Immer spricht das unmittelbare Erleben, nie wird ein lehrhafter Zeigefinger erhoben."

Die Kapitelüberschriften "Kinder und Jugendliche in der Praxis", "Krankheit ist Chance, nicht Strafe", "Atemtherapie, ein Kapitel für sich", "Tschernobyl, erkennen wir die Warnung?" oder "Abschiednehmen - Sterben - Tod" zeigen die große Spannweite ihrer Betrachtungen und lassen erkennen, daß sich ihre ganzheitlichen Methoden notwendigerweise nicht auf medizinische Aspekte beschränken, sondern bis in den politischen Bereich hineinreichen...

Der berühmte Universitätslehrer, Jesuitenpater und Missionar, H.M. Enomiya Lassalle, schrieb an die Autorin Verena van Ogtrop: "Dieses Buch hätte einen Buchpreis verdient. Das richtige Verhältnis zwischen Schulmedizin und Heilpraktiker, sowie die Notwendigkeit, daß der Patient an seiner Gesundheit auch mitarbeiten muß, und so vieles andere mehr, findet man in diesem Buch". □

**Sie wollen es,
wir haben es!
Inspirierende Lektüre**

... zu bestellen unter: 030-822 52 11